



GEMEINDERAT

DER STADTGEMEINDE STEYREGG

004-1/GR/004/2019

Verhandlungsschrift

über die

öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Steyregg

Sitzungstermin: Dienstag, den 06.08.2019

Sitzungsbeginn: 19:00 Uhr

Sitzungsende: 20:30 Uhr

Tagungsort: Gemeindefestsaal

Anwesend sind:

Bürgermeister

BGM Mag. Hans Würzburger SBU

Mitglieder SBU

1. VZBGM Michael Leitner, M.A. MBA SBU

Mitglieder SPÖ

2. VZBGM Gerhard Hintringer SPÖ

STR Nikolaus Höfler SPÖ

Mitglieder ÖVP

STR Stefanie Rechberger ÖVP

Mitglieder SBU

GR Stefan Beißmann SBU

GR Ludwig Deutsch SBU

GR Isolde Jäger SBU

GR Mag. Daniela Wöckinger SBU

Mitglieder SPÖ

GR Günter Gintenreiter SPÖ

GR Franz Hackl SPÖ

GR Gabriele Hofmann SPÖ

GR Markus Lehermayr SPÖ

Mitglieder ÖVP

GR Mag. Edith Auinger-Pfund ÖVP

GR Christina Gruber ÖVP

GR Friedrich Matscheko ÖVP

Mitglieder FPÖ

GR Irma Himmelbauer FPÖ

GR Othmar Matschl FPÖ

GR Erich Tischlinger FPÖ

Mitglieder IST

GR Ing. Peter Breiteck IST

Mitglieder BPS

GR Mag. Michael Radhuber BPS

Ersatzmitglieder

GR-E Ing. Dieter Ehrenguber SPÖ Vertretung für Frau Doris Mittermaier

GR-E DI Dr. Robert Ettinger SBU Vertretung für Herrn Hans Schmitsberger

GR-E Bernhard Matschl SBU Vertretung für Herrn Peter Schinagl

GR-E Elisabeth Matschl FPÖ Vertretung für Herrn Johann Honeder

GR-E Dr. Ewald Poehlmann SPÖ Vertretung für Herrn Othmar Wurm

GR-E Georg Rechberger ÖVP Vertretung für Herrn Mag.Dr. Christian Modl

GR-E Rudolf Simbrunner SPÖ Vertretung für Frau Andrea Lep-schi

GR-E Irma Stroh SBU Vertretung für Herrn Otmar Rader

GR-E Mag. Elisabeth Wieshofer ÖVP Vertretung für Herrn Stefan Burger

Schritfführer

AL Michael Öhlinger

Petra Reichhart

Es fehlen:

Mitglieder SBU

STR Hans Schmitsberger SBU

Mitglieder FPÖ

STR Johann Honeder FPÖ

Mitglieder SBU

GR Ing. Ernst Matschl SBU

GR Otmar Rader SBU

GR Peter Schinagl SBU

Mitglieder SPÖ

GR Andrea Lepschi SPÖ

GR Doris Mittermaier SPÖ

GR Othmar Wurm SPÖ

Mitglieder ÖVP

GR Stefan Burger ÖVP

GR Mag.Dr. Christian Modl ÖVP

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung vom Bürgermeister rechtzeitig einberufen wurde,
- b) die Verständigung hierzu an alle Gemeinderatsmitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung ergangen ist und durch Anschlag an der Amtstafel öffentlich kundgemacht wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.
- c) der Tagesordnungspunkt 4 abgesetzt wurde
- d) ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion SPÖ vorliegt.

GR Radhuber erscheint zur Sitzung um 19.07h

Tagesordnung:

- . DA SPÖ: Umgehende (Wieder-)Installierung eines Auf- und Zusperrdienstes beim Altstoffsammelplatz Plesching/Meierhof
1. Betriebswiederaufnahme des Restaurant Weissenwolff unter Beteiligung der Stadtgemeinde Steyregg; Beratung und Beschlussfassung
2. Zufahrtsstraße Pulgarn, Festlegung Einlösemodalitäten; Beratung und Beschlussfassung
3. Maschinelle Aufrüstung Hochbehälter; Auftragsvergabe; Beratung und Beschlussfassung
5. GTS Informatik Mittelschule, Vereinbarung ISK, Beratung und Beschlussfassung
- . DA SPÖ: Umgehende (Wieder-)Installierung eines Auf- Und Zusperrdienstes beim Altstoffsammelzentrum Plesching/Meierhof
6. Allfälliges

Protokoll:

DA SPÖ: Umgehende (Wieder-)Installierung eines Auf- und Zusperrdienstes beim Altstoffsammelplatz Plesching/Meierhof

Gemäß § 46 Abs. 3 OÖ. GemO 1990 wird durch die SPÖ Fraktion beantragt, folgender Angelegenheit die Dringlichkeit zuzuerkennen und sie im Anschluss an die Tagesordnung der Gemeinderatssitzung vom 7. August 2019 vor dem Punkt „Allfälliges“ zu behandeln:

Begründung:

Seit geraumer Zeit wird der Altstoffsammelplatz in Plesching während der Nachtstunden nicht mehr versperrt. Die dauerhafte Öffnung hat die ohnehin prekäre Lage, die bei allen Sammelplätzen/Sammelinseln auf Steyregger Gemeindegebiet zu beobachten ist, noch deutlich verschärft. Insbesondere zu nächtlicher Stunde laden vermehrt überwiegende ortsfremde Personen und Unternehmen aus dem Linzer Raum ihren zum Teil ungetrennten Müll bzw. Sperrmüll ab, da sie bei den Linzer Abfallzentren Gebühren zu entrichten hätten. Zur Müllproblematik hinzu kommt noch eine massive nächtliche Lärmbelastung für die Bewohner/innen des Meierhofes aufgrund der vermehrten Zu- und Abfahrten zum Müllsammelplatz.

Anlagen:

SPÖ Antrag

Der Bürgermeister stellt den Antrag der Dringlichkeit zuzustimmen und lässt darüber abstimmen

B e s c h l u s s :			
Fraktion	Pro-Stimmen	Kontra-Stimmen	Stimmenenthaltungen
SBU	8		GR-E Matschl B.
SPÖ	9		
ÖVP	6		
FPÖ	4		
IST	1		
BPS	0		
	28	-	1
Radhuber abwesend.			
Abstimmung durch Handzeichen. Der Antrag gilt somit als angenommen.			

1. Betriebswiederaufnahme des Restaurant Weissenwolff unter Beteiligung der Stadtgemeinde Steyregg; Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Seit geraumer Zeit wird über die Neugestaltung des Stadtsaales debattiert. In diesem Zusammenhang wurde auch das Konzept der Bewirtung des Saales mitbehandelt und ein Konzeptvorschlag für die Gastronomie Weissenwolff entwickelt. Dieser sieht vor, dass die Stadtgemeinde die Gewerbebewilligung für das Gasthaus beantragt und die Gasthaus-Räumlichkeiten im Erdgeschoss vom Eigentümer pachtet. Das Gasthaus soll dann an einen Gastronomen anhand einer Überlassungsvereinbarung weiterverpachtet werden.

Der Eigentümer garantiert das Pachtrecht für mindestens 20 Jahre, der Pächter hat allerdings nach 10 Jahren das Recht, das Pachtverhältnis zu kündigen bzw. zu verlängern. Die monatlichen Pachtbeträge werden netto wie folgt vorgeschlagen:

Pachtausgabe:	EUR 3.800,-
<u>Pachteinnahme:</u>	<u>EUR 3.000,-</u>
Differenz:	EUR 800,-

Für diese Pachtkonstruktion fallen jährlich also effektive Kosten von EUR 9.600,- an. Die Kommunalsteuer-Einnahmen durch den Gasthaus-Betrieb werden jährlich auf EUR 12.000,- geschätzt. Der Objekteigentümer würde auf die Pacht der ersten 5 Monate verzichten.

Ein Gastronom ist sehr interessiert und würde einen wesentlichen Teil der Ausstattung ins Projekt einfließen lassen. Er möchte einen Gasthausbetrieb im landläufigen Sinne führen. In weiterer Folge ist der mögliche Pächter auch an der Belieferung der Schulausspeisung und von Essen auf Rädern interessiert.

Bevor der Weissenwolff wiedereröffnen kann, müssen Großreparaturen von netto ca. EUR 279.500,- durch die Stadtgemeinde getätigt werden.

- Bodenbeläge: EUR 19.000,-
- Elektroinstallationen: EUR 23.000,-
- Wasser & Heizung: EUR 29.000,-
- Malerarbeiten: EUR 3.500,-
- Pauschalbetrag für Einrichtung: EUR 25.000,-
- Lüftung: EUR 180.000,-

Bis auf die Lüftung, liegen für alle Sanierungsmaßnahmen 2 Angebote vor.

Es ist auch der Aspekt zu beachten, dass durch die Wiederaufnahme des Gasthausbetriebes die Toilettenfrage für den Stadtsaal geklärt wäre, da auch die Toiletten im Kellerbereich bei Veranstaltungen wieder mitgenützt werden können. Somit würde sich die Stadtgemeinde hier Investitionskosten sparen. Eine aktuelle Kostenschätzung für einen Zubau von ausreichend Toiletten zum Stadtsaal beläuft sich auf EUR 113.000,- netto. Für den Zubau müssten ca. 100 m² Grundfläche vom Objekteigentümer angekauft werden, welcher in oben angeführten Kosten noch nicht berücksichtigt ist.

Der Objekteigentümer hätte Sanierungen in der Küche (Lichtkuppel erweitern), im Eingangsbereich und an der Fassade vorzunehmen.

Zur Nutzung, Abrechnung, Reinigung, Koordination und zum Ausschankrecht für den Stadtsaal wird wie folgt vorgeschlagen:

Das Ausschankrecht liegt am Gasthaus und somit dann – formal gesehen – bei der Stadtgemeinde.

Veranstaltungen durch Steyregger Vereine:

Für Vereinsveranstaltungen sollte eine gangbare Lösung für alle Parteien gefunden werden. Eine Anlehnung an frühere Konstellationen wie zB Essen, Bier und Wein wird vom Wirt ausgeschenkt und Anti-Alkoholische Getränke und Hochprozentiges durch die Vereine. Für diese Veranstaltungen wären die Saalmiete, Reinigungspauschale und Betriebskosten direkt durch die Vereine an die Stadtgemeinde abzuführen.

Andere Veranstaltungen (Hochzeiten, Zehrungen, Geburtstage usw.):

Die Veranstaltungswerber müssen mit dem Wirt vereinbaren, ob bzw. was sie selbst organisieren bzw. ausschenken dürfen. Die Saalmiete und Betriebskosten hat der Wirt zu tragen bzw. zu verrechnen. Auch sollte der Wirt in so einem Fall für die Reinigung zuständig sein.

Der Saalkalender liegt bei der Stadtgemeinde auf. Die Stadtgemeinde und der Pächter müssen sich hier immer abgleichen.

Der Gemeinderat hat nun wie folgt zu beraten und entscheiden:

- Soll die Gewerbebewilligung für das Gasthaus übernommen und dieses gepachtet und anhand einer Überlassungsvereinbarung weiterverpachtet werden?
- Sollen die oben angeführten Investitionen vorgenommen und die Aufträge vergeben werden?
- Sind die Vorschläge im Umgang mit dem Stadtsaal annehmbar?

Anlagenverzeichnis:

Angebote

Beratungsverlauf:

Der **Bürgermeister** referiert über den Amtsbericht. Er fügt hinzu, dass erst nach Anberaumung dieser Sitzung aufgrund neuer Erkenntnisse in Bezug auf die Lüftungsanlage, die Analysen im Gebäude ergeben haben, dass die Installation dieser Lüftungsanlage über 100.000,- ausmachen werde und deshalb aufgrund der Höhe des Betrages eine Ausschreibung gemäß dem Vergabegesetz erfolgen muss. Es erfolgte bereits Kontakt mit der Gewerbebehörde, und eine entsprechende Verhandlung ist bereits für September vereinbart. Steuerrechtliche Recherchen wurden mit der Steuerberatungskanzlei Leitner & Leitner durchgeführt. Außerdem wurden bereits Gespräche mit dem Gemeindebund und dem Gebarungsprüfer geführt. Zudem fanden Gespräche mit potentiell geeigneten Wirten und ein Termin mit der Raiffeisen Landesbank und der Brauunion statt. Diese Vorgespräche wurden in enger Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsbund Steyregg (federführend Alois Wimmer) durchgeführt. Es gab natürlich auch intensive Gespräche mit dem Eigentümer des Gebäudes, Niklas Salm-Reifferscheidt.

Es könne noch keine genaue Summe genannt werden. Die Summe der Reparaturmaßnahmen wird ungefähr zwischen 230.000,- bis 280.000,- netto liegen. Der Bürgermeister stellt dieser Ausgabensumme die Ersparnis der notwendigen Adaptierungsmaßnahmen der WC-Anlagen im Stadtsaal gegenüber. Die Umbauarbeiten würden sich auf ca. 113.000,- (plus einem allfälligen Grundkauf) belaufen. Außerdem wird eine erhöhte Rentabilität des Stadtsaals durch eine bessere Auslastung erzielt. Die Reinigungskosten für den Saal würden ebenfalls größtenteils entfallen. Durch die Errichtung eines Gastronomiebetriebes würde der Stadtgemeinde Steyregg Kommunalsteuer zufließen. Die Schulausspeisung und Belieferung von Essen auf Rädern könnte durch den Wirt erfolgen, daraus könnten sich auch Vorteile in der Preisgestaltung entwickeln. Außerdem würde eine Belebung des Stadtkerns erfolgen. Sollte eine Kooperation mit Eigentümer, Stadtgemeinde und Wirt nicht erfolgen, so würde die Standortbelebung des Stadtzentrums der Vergangenheit angehören. Das Schloss als Veranstaltungsort scheidet aus, da sich der Eigentümer diesbezüglich klar geäußert hat. Außerdem gäbe es dann immer noch keine Bewirtung in den Stadtsaal. Das Land OÖ steht der Errichtung eines gänzlich neuen Veranstaltungssaales aufgrund der Dichte von Veranstaltungssälen in den umliegenden Gemeinden, sehr skeptisch gegenüber.

GR **Tischlinger** stellt die Bewerbung des Gastronomen in Frage, weil dieser mit dem Betrieb des Schiefen Apfelbaum und anderen Betriebsstätten in Konkurs gegangen sei. Der **Bürgermeister** erklärt, dass das Argument des Konkurses durch den Bewerber mit unüberwindbaren Differenzen mit seinen Partnern glaubwürdig erklärt worden wäre. Anhand von zu entrichtenden Pönalzahlungen, welche an die Öffnung eines Lo-

kals gebunden waren, sei er in Wien gescheitert. GR **Tischlinger** kolportiert die Schulden des Bewerbers mit 3.000.000,- und zweifelt eine lukrative Führung des Weissenwolff an. Der **Bürgermeister** erklärt, dass mehrere Gespräche mit potentiellen Wirten stattgefunden haben. Der vorliegende Bewerber wurde anhand der Referenzen und seines Auftretens als am kompetentesten und glaubwürdigsten eingestuft. Bei dem vorliegenden Projekt ist neben der finanziellen Komponente das wahre Hauptproblem einen geeigneten Wirt zu finden. Von den meisten Wirten wird ein fertig eingerichtetes Wirtshaus mit sehr geringer Pacht erwartet. Mit diesem Gastronomen würde ein namhafter Wirt dieses Gasthaus betreiben, der die Erfahrung für die Struktur des Weissenwolff mitbringt.

GR **Wöckinger** berichtet über eingeholte Hintergrundinformationen zum Bewerber. Die Zusammenarbeit mit seinem vorherigen Partner gestaltete sich schwierig. Wobei das Hauptproblem vom Partner ausgegangen sei. Der Bewerber sei laut mehreren unabhängigen Meinungen in der Gastroszene in Linz sehr wohl in der Lage das Gasthaus zu führen.

GR-E **Rechberger G.** spricht sich für den Antrag aus, da dies womöglich eine der letzten Möglichkeiten wäre, eine gastronomische Bewirtschaftung des Weissenwolff zu schaffen. Zudem würde ein finanzieller Ausgleich durch die Ersparnis des Umbaus der WC Anlagen geschaffen.

StR **Höfler** bedankt sich beim Wirtschaftsbund für die Initiative. Die Fraktion wünscht sich ebenfalls einen belebten Stadtkern, einen vollen Stadtsaal und ein Wirtshaus im Stadtkern. Er sieht aber auf Kostenseite ein großes Problem. Das Pachten durch die Stadtgemeinde und anschließende Weiterverpachten an den Wirt wird als kritisch gesehen. Die entstehende Differenz müsse die Gemeinde tragen. Dies habe eine Ungleichbehandlung gegenüber anderen Wirten zur Folge. Außerdem würden die Synergieeffekte zu Essen auf Rädern und Schulausspeisung nicht gesehen. Es sei zu befürchten, dass die Kosten für die Eltern steigen würden, oder die Differenz der höheren Essenskosten ebenfalls durch die Gemeinde zu tragen sei. Hier würde der Abgang weiter in die Höhe getrieben. Die Frage nach der Gründung einer GmbH und Vorsteuerabzugsberechtigung blieb ebenfalls offen. Er kritisiert zudem das fehlende Vorhandensein eines Pachtvertrags aus dem hervorgeht, wer welche Kosten zu tragen habe. Außerdem wäre ein Ausschankvertragsentwurf vorzulegen. Es stellt sich außerdem die Frage, was mit den Investitionen nach der vereinbarten 10 Jahresfrist geschehen würde, wenn eine Seite der Vertragspartner aus dem Vertrag aussteigen würde. Über den Umbau der Toilettenanlagen wurde auch schon im Stadtrat beraten, damals wurden durch den Ortsplaner die Kosten mit 65.000,- und nicht mit 113.000,- beziffert. Die Aussage des BH-Prüfers, dass der MFP 2019-2023 angepasst werden müsse, habe das Zurückstellen eines bereits geplanten Projektes zur Folge. Hier würden neue Prioritäten zu setzen sein. Die Prioritäten für anstehende Projekte neu zu reihen wird kaum möglich sein, auch deshalb würde der Antrag durch die Fraktion abgelehnt werden. StR Höfler übt Kritik an der Formulierung an die BH „die Gemeindevertretung findet es zweckmäßig...“ Hier sei klar festzustellen, dass im Vorfeld die Gemeindevertretung zu keinen Gesprächen geladen war. Der Stadtrat bittet diesbezüglich um Klarstellung.

Der **Bürgermeister** räumt die unkorrekte Formulierung ein und stellt klar, dass diese auf „Teile der Gemeindevertretung...“ lauten müsse. Der Bürgermeister erklärt, dass die Frage nach der Umsatzsteuerpflicht erst kürzlich geklärt werden konnte. Der aktuelle Letztstand laut einer Expertin von Leitner & Leitner sei, dass die Gemeinde sehr

wohl vorsteuerabzugsberechtigt sei. Eine Gründung einer GmbH sei nicht notwendig. Zum Vorwurf der Diskriminierung anderer Wirte sei festzuhalten, dass im Gemeindegebiet bereits Mischformen dieser Art zu finden seien. Hier wurde die Kooperation mit dem Badeseepächter angeführt. Das Argument, dass Essen auf Rädern den Abgang der Gemeinde erhöht ist unzutreffend, da dies zurzeit ebenfalls nicht kostendeckend durchgeführt würde. Sollte nach 10 Jahren ein Ausstiegsszenario durch einen Vertragspartner stattfinden, so könnte zum einen ein anderer Wirt gesucht werden oder zum anderen das Gebäude anderwärtig, widmungskonform genützt werden. Sei es durch Lager, Büros, Wohnungen oder Eigennutzung etc. Das Thema mit den Toiletten ist nach wie vor ein schwieriges. Ein Baumeister hat die letzte Schätzung durchgeführt. Der MFP kann durchaus abgeändert werden. Die Aussage, die Gemeinde soll keine weiteren Kredite für Projekte aufnehmen, lässt der Bürgermeister nicht gelten, da sich der Verschuldungsstand der Stadtgemeinde sehr positiv entwickelt hat.

GR Radhuber erklärt, dass er ebenfalls Bedenken hegt, da noch viele Detailfragen zu klären seien. Würde aber gegen diesen Vorschlag gestimmt, würde in weiterer Folge das Weissenwolff still gelegt bleiben. Es handle sich hier lediglich um einen Grundsatzbeschluss, der die Richtung weisen soll. Es sollen in weiterer Folge ein Konzept und Vertragsentwürfe dem Gemeinderat präsentiert werden. Er spricht sich ebenfalls für die Belebung des Zentrums aus. Eventuell könnte der Wirt dazu angehalten werden, die Produkte regional einzukaufen, dann könnten Synergien mit den heimischen Landwirten geschaffen werden.

StR Rechberger spricht sich ebenfalls für den Vorschlag aus. In den letzten Jahren wurden sowohl beim Steyregger Weg als auch in der Agenda 21 die Belebung des Stadtkerns als wichtigstes Thema angesehen. Die Umsetzung des vorgelegten Entwurfes sei die letzte Chance. Hier müsse die Gemeinde bereit sein, ein Risiko einzugehen. Zudem sei jeder Wirt eingeladen sich für die Bewirtung zu bewerben. Die Tatsache, dass der Wirt das Essen auf Rädern und die Schulausspeisung übernehmen könnte, müsse als Chance gesehen werden, die Qualität der servierten Speisen zu verbessern. Es müsse zur Unterstützung des lokalen Wirtes auch ein Umdenken stattfinden, dass die Vereine ihre Treffen in der vorhandenen Gastronomie anstelle der Vereinslokale durchführen.

Vzbgm **Hintringer** kritisiert die stattgefundene Kehrtwende zur Beratung im Stadtrat. Er wünscht sich auch einen Wirt, damit wieder mehr Feste veranstaltet werden können. Aber es muss auch auf die Vereine Bedacht genommen werden, denn die Vergangenheit zeigt, dass es die Vereine im Stadtsaal schwierig hatten, als Gastronomen das Ausschankrecht hatten. Er sieht dieses Vorhaben als Steuergeldvernichtung. Vzbgm. Hintringer ist der Meinung, dass das Wirtshaus nach 3 Jahren wieder leer stehen würde.

GR-E Wieshofer erklärt, dass die Steyregger Wirtschaft einiges in Bewegung gesetzt habe. Es müsse mit den Steyregger Unternehmen zusammengearbeitet werden. Durch dieses Gasthaus wäre es für die Steyregger Wirtschaftsbetriebe wieder möglich Geschäftsessen oä. im Ort durchzuführen. Es müsse für dieses Projekt ein Risiko eingegangen werden.

GR-E Rechberger G. ergänzt noch einmal, dass es sich hier um einen Grundsatzbeschluss handle, der die Richtung wie es weitergehen solle weist.

GR **Matscheko** fragt nach, ob ein behindertengerechtes WC geplant sei. Der Bürgermeister erklärt, dass das bereits vorhandene Behinderten-WC im Stadtsaal mitgenutzt werden kann.

Vzbgm **Leitner** erklärt, dass er aus fachlicher Sicht die Gebäudesubstanz auch kritisch betrachtet. Doch die Konstellation Wirt, Gemeinde empfindet er als sehr positiv. Damit würde der Ortskern belebt. Andere diskutierte Optionen eines Veranstaltungszentrums seien mit einem siebenstelligen Betrag zu beziffern.

Der **Bürgermeister** bezeichnet die Zielsetzung heuer aufzusperren als zu ehrgeizig, insbesondere der Umbau der Lüftung stellt sich als schwieriges Unterfangen dar. Er unterstreicht ebenfalls die Fassung eines Grundsatzbeschlusses zur Richtungsweisung.

GR **Matschl O.** erwähnt, dass es Firmen gäbe, die alles in einem haben und übt Kritik am Beteiligten vieler verschiedener Firmen beim Umbau.

StR **Rechberger** hält fest, dass es in Steyregg sämtliche Firmen gibt, die die Umbauten erledigen können und erwähnt, dass sich die Firmen um eine sehr gute Preisgestaltung bemüht haben.

Der **Bürgermeister** stellt den Antrag den Grundsatzbeschluss zu fassen, die Vorgangsweise, wie im Amtsbericht skizziert, die Gewerbebewilligung einzuholen, die Sanierung durch Eigentümer und Stadtgemeinde weiter zu verfolgen. Weiters sind dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung die konkreten Verträge zwischen Eigentümer und Stadtgemeinde und zwischen Stadtgemeinde und Pächter ausgearbeitet vorzulegen. Sämtliche benötigte Angebote für die Sanierungen sind dem GR vorzulegen. Der Bürgermeister lässt darüber abstimmen.

B e s c h l u s s :			
Fraktion	Pro-Stimmen	Kontra-Stimmen	Stimmenenthaltungen
SBU	8		Matschl B,
SPÖ		9	
ÖVP	6		
FPÖ	Himmelbauer	Matschl O. Tischlinger	Matschl E.
IST		1	
BPS	1		
	16	12	2
Abstimmung durch Handzeichen. Der Antrag gilt somit als angenommen.			

2. Zufahrtsstraße Pulgarn, Festlegung Einlösemodalitäten; Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

In der GR-Sitzung vom 05.07.2019 wurde der Weiterverfolgung der Neuerrichtung bzw. Adaptierung der Pulgarner Zufahrtsstraße zugestimmt. In der Zwischenzeit wurde Kontakt mit dem Planungsbüro Warnecke und den Grundeigentümern aufgenommen.

Für den neu zu errichtenden Abschnitt gibt es einen grundsätzlichen Straßenbau-Plan, der bei der Wasserrechtsverhandlung 2014 durch das Planungsbüro Warnecke entwickelt wurde. Dieser wird nun überarbeitet.

Für den Abschnitt der neu zu errichtenden Trasse und die Bachverlegung (Gst. Nr. 224/2; 217; 218/1; KG Pulgarn) müssen ca. 1.950 m² Grundfläche erworben werden. Bei der Fläche handelt es sich um im ÖEK ausgewiesenes Bauerwartungsland. Die Verhandlungspartner haben sich auf einen Grundstückspreis – in Anlehnung an kürzlich erfolgter Grundkäufe – von EUR 50,/m² verständigt. Der Quadratmeterpreis liegt somit zwischen dem ortsüblichen Preis für Bau- und Grünland.

Für die Entwässerung des Straßenstücks ist ein Kanal und ein Sickerbecken zu errichten. Für diese Maßnahmen werden weitere ca. 1.400 m² benötigt. Diese Grünlandflächen liegen nicht im Bauerwartungsland bzw. größtenteils im Hochwasserabflussbereich. Das ist bei der Preisermittlung zu berücksichtigen.

Für die folgenden Adaptierungsmaßnahmen (Verbreiterung für Gehsteig usw.) der Zufahrtsstraße müssen weitere ca. 1.000 m² eingelöst werden. Auch diese Grundstücke befindet sich im Hochwasserabflussbereich.

Ca. 120 m² können vom öffentlichen Gut – Straße Richtung Götzelsdorf – an den Grundanrainer abgetreten werden.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge

1. den Kauf der benötigten Grundflächen beschließen,
2. dem verhandelten Quadratmeterpreis zustimmen

Anlagenverzeichnis:

Grundeinlöseplan

Beratungsverlauf:

Vzbgm **Hintringer** fragt ob mit allen betroffenen Eigentümern Gespräche geführt wurden. Der Bürgermeister erklärt, dass die involvierten Anrainer grundsätzlich über das Projekt Bescheid wissen, jedoch noch nicht mit allen konkrete Gespräche über die Einlösemodalitäten geführt wurde.

GR-E **Matschl** hält fest, dass die Hauptdurchzugsstraße weiterhin Richtung Götzelsdorf führen muss.

Der **Bürgermeister** stellt den Antrag den Kauf der benötigten Grundflächen zu beschließen und dem verhandelten Quadratmeterpreis zuzustimmen und lässt darüber abstimmen.

B e s c h l u s s :			
Fraktion	Pro-Stimmen	Kontra-Stimmen	Stimmenenthaltungen
SBU	9		
SPÖ	9		
ÖVP	5		
FPÖ	4		
IST	1		
BPS	1		
	29	-	-
Matscheko abwesend			
Abstimmung durch Handzeichen. Der Antrag gilt somit als angenommen.			

3. Maschinelle Aufrüstung Hochbehälter; Auftragsvergabe; Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Für die Komplettierung des im Bau befindlichen Hochbehälters wurde seitens der Firma Warnecke die maschinelle Ausrüstung samt Rohrleitungsinstallation ausgeschrieben.

Die Ausschreibung beinhaltet im Wesentlichen 3 Abschnitte:

1. Alle Rohrleitungen und Ausrüstungsteile im Hochbehälter Bergsiedlung inkl. Umbau der Bestandsanlage.

2. Sämtliche Leitungen und Einbauten der 3 neuen Wasserzählschächte. Diese Wasserzählschächte werden auf ausgesuchten Positionen im Leitungsnetz der Gemeinde situiert, damit die Entnahme im gesamten Gemeindegebiet besser abgeschätzt werden kann. So kann ein Rohrbruch schneller lokalisiert werden, da der entsprechende Wasserzähler einen ungewöhnlichen Verbrauch anzeigen wird. Dies gilt auch für nicht gemeldete Schwimmbadfüllungen, die einen extrem hohen Verbrauch verursachen. Diese Zähler werden in die bestehende Überwachungsanlage am Bauhof mittels einer Funkleitung integriert und liefern den Wassermeister die Daten direkt auf den Computerschirm.

3. Auch der Umbau bzw. Modernisierung des Pumpwerkes Tobersbach (Rohrleitungen, Einbauten) ist in den Ausschreibungsunterlagen mitberücksichtigt. Ziel dieses Umbaus ist es, die Transportleistung von Trinkwasser in dieser Hochzone deutlich zu verbessern. Damit kann auch das Pumpwerk Hasenberg das Trinkwasser, mit einem höheren Versorgungsdruck, in diese problematische Druckzone liefern. In der sogenannten „Wögerbauersiedlung“ gibt es aktuell teilweise Lieferprobleme, da die bestehenden Anlagen den notwendigen Wasserdruck bzw. auch die Wassermenge nicht für diese Entnahmen vorgesehen sind.

Am 31.07.2019 wurde die Angebotseröffnung durchgeführt und alle 4 eingeladenen Firmen haben ihre Angebote abgegeben. Nach vorläufiger Prüfung der Angebote kann bekannt gegeben werden, dass die Angebote frei von Fehlern bzw. Mängeln sind, die einen Ausscheidungsgrund darstellen würden und deshalb der noch auszuarbeitende Vergabevorschlag, der noch an das Land OÖ zwecks Überprüfung und Genehmigung gesendet wird, zu Gunsten der Firma Meisl GmbH, 4360 Grein lauten wird. Da die detaillierte Angebotsprüfung und der daraus resultierende Vergabevorschlag sowie die Genehmigung des Landes OÖ noch eine gewisse Zeit beanspruchen werden, wird folgende Vorgangsweise vorgeschlagen:

Seitens des Amtes wird vorgeschlagen, die Arbeiten – vorbehaltlich des positiven Prüfungsergebnis des Landes OÖ – an die Firma Meisl GmbH, 4360 Grein zu einem Angebotspreis von netto € 415.036,31 zu vergeben.

Anlagenverzeichnis:

Angebotseröffnungsprotokoll

Der Bürgermeister stellt den Antrag den Auftrag laut Vorschlag des Amtsberichtes vorbehaltlich des positiven Prüfungsergebnisses seitens des Landes zu vergeben und lässt darüber abstimmen.

B e s c h l u s s :			
Fraktion	Pro-Stimmen	Kontra-Stimmen	Stimmenenthaltungen
SBU	8		
SPÖ	9		
ÖVP	5		Gruber
FPÖ	4		
IST	0		
BPS	1		
	27	-	1
GR Radhuber, GR Wöckinger abwesend			
Abstimmung durch Handzeichen. Der Antrag gilt somit als angenommen.			

5. GTS Informatik Mittelschule, Vereinbarung ISK, Beratung und Beschlussfassung

Sachverhalt:

Die Informatik Mittelschule wird als Ganztageschule geführt. Dieses Angebot wird derzeit von 20 Kindern genutzt. Für die Organisation des Freizeitbereiches in der Ganztagesbetreuung ist die Gemeinde als Schulerhalter zuständig. Derzeit wird der Freizeitbereich durch das ISK (Institut für soziale Kompetenz) abgewickelt. Der Vertrag lief mit Ende des Schuljahres aus. Nach Rücksprache mit Direktor Hopf wird bestätigt, dass die Zusammenarbeit mit dem ISK nach wie vor sehr gut funktioniert und auch die Eltern mit der Betreuung ihrer Kinder sehr zufrieden sind. Wie schon in den letzten Jahren funktioniert System mit dem ISK, Basis Nachmittagsbetreuung und qualifizierte Nachmittagsbetreuung, sehr gut, Das ISK bot zusätzlich auch einen 3-Jahresvertrag an. Im Hinblick auf die Förderproblematik, sollte der Vertrag nur um ein weiteres Jahr (Schuljahr 2019/2020) verlängert werden.

Die Personalkosten wurden für das Schuljahr 2018/19 letztmalig zur Gänze für beide Betreuungsformen (jeweils € 9.000,-) vom Land OÖ gefördert. Ob und in welcher Höhe weitere Förderungen lukriert werden, hängt von der verlängerten Art. 15a BV-G-Vereinbarung zwischen Bund und Länder ab.

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat möge das ISK für das Schuljahr 2019/20 beauftragen die Nachmittagsbetreuung in der IMS wie gehabt zu übernehmen.

Anlagenverzeichnis:

Vereinbarung
Leistungsbeschreibungen

Der Bürgermeister stellt den Antrag den Vertrag für das Schuljahr 2019/20 mit dem ISK abzuschließen und lässt darüber abstimmen.

B e s c h l u s s :			
Fraktion	Pro-Stimmen	Kontra-Stimmen	Stimmenenthaltungen
SBU	8		
SPÖ	9		
ÖVP	6		
FPÖ	4		
IST	0		
BPS	1		
	28	-	-
GR Wöckinger, GR Radhuber abwesend			
Abstimmung durch Handzeichen. Der Antrag gilt somit als angenommen.			

DA. SPÖ: Umgehende (Wieder-)Installierung eines Auf- Und Zusperrdienstes beim Altstoffsammelzentrum Plesching/Meierhof

Seit geraumer Zeit wird der Altstoffsammelplatz in Plesching während der Nachtstunden nicht mehr versperrt. Die dauerhafte Öffnung hat die ohnehin prekäre Lage, die bei allen Sammelplätzen/Sammelinseln auf Steyregger Gemeindegebiet zu beobachten ist, noch deutlich verschärft. Insbesondere zu nächtllicher Stunde laden vermehrt überwiegende ortsfremde Personen und Unternehmen aus dem Linzer Raum ihren zum Teil ungetrennten Müll bzw. Sperrmüll ab, da sie bei den Linzer Abfallzentren Gebühren zu entrichten hätten. Zur Müllproblematik hinzu kommt noch eine massive nächtliche Lärmbelastung für die Bewohner/innen des Meierhofes aufgrund der vermehrten Zu- und Abfahrten zum Müllsammelplatz

Anlagenverzeichnis:

Antrag SPÖ

Beratungsverlauf:

StR **Höfler** referiert über den Dringlichkeitsantrag und spricht sich dafür aus den Schlüsseldienst auszuschreiben bzw. jemanden für diesen Dienst zu suchen. In der Zwischenzeit soll der Bereitschaftsdienst der Stadtgemeinde den Schließdienst übernehmen.

GR **Auinger-Pfund** schlägt eine technische Lösung vor. Hier gibt es verschließbare Tore mit Zeitschaltung.

GR-E **Matschl Bernhard** hält fest, dass der Bereitschaftsdienst für Wasser und Kanal bzw. bei Gefahr in Verzug zuständig ist und nicht für den Abfalldienst. Er sieht die Installation eines verschließbaren Tores sehr kritisch, da dieses umgangen werden kann.

GR-E **Wieshofer** erkundigt sich nach einer Videoüberwachung. Hier wird festgehalten, dass dies aus datenschutzrechtlichen Gründen problematisch sei.

Der **Bürgermeister** stellt den Antrag bis zur nächsten Gemeinderatssitzung die möglichen technischen Lösungen zu überprüfen und dies dem GR vorzulegen und lässt darüber abstimmen.

B e s c h l u s s :			
Fraktion	Pro-Stimmen	Kontra-Stimmen	Stimmenenthaltungen
SBU	7	Matschl B.	
SPÖ	9		
ÖVP	6		
FPÖ	4		
IST	0		
BPS	1		
	27	-	-
GR Radhuber, GR Wöckinger abwesend			
Abstimmung durch Handzeichen. Der Antrag gilt somit als angenommen.			

6. Allfälliges

- a) Der **Bürgermeister** weist darauf hin, dass LH Mag. Thomas beim Stadtfest um 12.30 Uhr den Steingarten eröffnen wird. Wenn hochrangige Politiker bei dieser Eröffnung begrüßt werden sollen, wird gebeten, diese Namen im Vorfeld bekannt zu geben.
- b) StR **Höfler** weist auf die Veranstaltung Steel the Night am 10. August um 19 Uhr im Stadtsaal hin und bittet um Teilnahme.
- c) GR **Beißmann** erkundigt sich nach dem Stand der Brunnenerhebung im Zuge der Ostumfahrung. Hier wird erklärt, dass die Erhebung im Laufen ist. Es fand eine Besprechung mit mehreren Fraktionen statt. Robert Ettinger und Peter Schmitsberger sind als Experten maßgeblich an diesem Projekt beteiligt. Es werden hierzu die Grundstücke entlang der Osttangenten-Trasse begangen und Sonden in ausgewählte Brunnen installiert, um den Wasserstand über einen längeren Zeitraum zu messen. Im Zuge dieser Begehung wird festgelegt, welche Brunnen an der Messung beteiligt werden.
- d) Vzbgm **Hintringer** erkundigt sich nach dem letzten Stand der ÖBB Unterführung. Der **Amtsleiter** berichtet, dass das letzte Gespräch am 17.7. mit der KMP stattgefunden habe. Es wurden die Kosten zusammengestellt und der ÖBB übermittelt. Es wird versucht eine Reaktion bis zur nächsten Gemeinderatssitzung im September zur erreichen.

Vorsitzender:	
Bürgermeister Mag. Johann Würzburger	
Schriftführung:	
AL Michael Öhlinger	Petra Reichhart

